

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

21.2.1866 (No. 44)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 21. Februar.

N. 44.

Vorauszahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Preitseite oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Amtlicher Theil.

### Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 12. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Banquier Samuel von Haber in Paris die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, das ihm von Ihrer Majestät der Königin von Spanien verliehene Comthurkreuz des Ordens Isabella der Katholischen, sowie das ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene Comthurkreuz des Franz-Joseph-Ordens annehmen und tragen zu dürfen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 20. Febr. Abgeordnetenhause. Die Fortschrittspartei und das linke Centrum haben Kommissionen von je drei Mitgliedern zur Vereinbarung von Vorschlägen zu gemeinschaftlichen Beschlüssen wegen des (gestern erwähnten) Staatsministerialschreibens vom 18. d. M. ernannt. Zu Kommissionsmitgliedern wurden die Abgg. Hennig, Vasker, John, Gneist, Kmann und v. Carlowitz gewählt. Die Vorschläge in der Kommission gingen theils auf Arbeitseinstellung bis zur Aenderung des Ministerialschreibens, theils auf Uebergang zur einfachen, bezw. motivierten Tagesordnung.

Berlin, 19. Febr. (Sch. M.) Darmstadt hat den italienischen Handelsvertrag ratifizirt. Sämmtliche Zollvereins-Regierungen haben nunmehr ratifizirt.

Wien, 19. Febr. (A. Z.) Die Minister gehen morgen nach Wien ab zur Verabreichung des königl. Reskripts auf die kroatische Landtags-Adresse. Die „Generalcorresp.“ analysirt den Abrechenwurf des Oberhauses: er anerkennt die Nothwendigkeit der Erhaltung des Bestandes der Monarchie, betont die Aufrechthaltung und Kräftigung der Großmachtsstellung und die Nothwendigkeit einer konstitutionellen Regelung der Verhältnisse der übrigen Reichsländer; er dankt für die formelle Anerkennung der 1848er Gesetze, deren praktische Anwendung nicht dauernd von der prinzipiellen Anerkennung zu scheitern sei, und wünscht eine verantwortliche, nicht kollegiale Regierung, und die Wiederherstellung der neu zu regelnden Prinzipien. Bei den neuen Gesetzesverfügungen sei eine billige Rücksicht auf die Klassenreligionen und Nationalitäten notwendig.

Bern, 20. Febr. (Sch. M.) Sämmtliche Schweizerische Bischöfe protestirten bei der gestern eröffneten Bundesversammlung gegen den Ausschluß der Geistlichen aus dem Nationalrathe.

London, 20. Febr. (W. L. B.) Die Bill, welche die Regierung ermächtigt, sämmtliche irische Telegraphen in Besitz zu nehmen, passirte gestern das Oberhaus und alle übrigen Stadien.

## Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 20. Febr. 8. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Kirsner.

### # Die „Afrikanerin“ von Meyerbeer.

(Fortsetzung aus Nr. 43.)

Noch einmal raffte er sich zu einem bedeutenden Werke zusammen, um die Scharte des „Feldlagers“ auszuweken. Es war wieder eine Oper mit großem historischem Hintergrund, der „Propheet“, der 1849 (also so „zeitgemäß“ als möglich, denn damals waren ja „Umssturz“ und „Socialismus und Kommunismus“ die Tagesparole) die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. Aber durch welche Mittel! Der Schlitzschuß, die elektrische Sonne und die Pulverexplosion als Katastrophe, das waren eigentlich die Hauptangelpunkte, um welche sich das Interesse des Publikums drehte. Daneben gab es freilich auch bedeutende tragische Momente, wie die Szenen im Dom, zwischen Mutter und Sohn, und musikalische Genieblitze, die bei Meyerbeer nie fehlen, und seinen weniger begabten Kollegen gegenüber uns Vieles ihm verzeihen lassen. Aber die Jugenbrüche des „Robert“, die Leidenschaft der „Hugenoten“ war dahin, — Schminke und Champagner sollten sie ersetzen, konnten aber auf die Dauer nicht täuschen.

Um dem Vorwurf zu begegnen, daß er nur mit Massen agiere und durch Glanz und Pomp wirken könne, beschloß er, zur Abwechslung auch einmal „einfach“ zu sein. Die Vorbereiter der „großen Oper“ hatte er gerammt und ihre Früchte genossen, wie Keiner neben ihm. Jetzt galt es, auch noch die Bretter der „komischen“ Oper zu erobern. Aber auf natürlichem Wege konnte er dazu schon nicht mehr gelangen. Der Schattentanz, der natürliche Wasserfall und — eine lebendige Biene waren seine Requisiten. Es gereicht unserer Zeit immerhin zur Ehre, daß sie sich dadurch nicht täuschen, und die Oper mit einer Schnelligkeit und Einmüthigkeit wieder fallen ließ, die bei Meyerbeer unerhört war. Das System, das er selbst bis zur äußersten Spitze getrieben hatte, begann seine Früchte an ihm selbst zu tragen.

Aber noch immer hatte er einen Haupttrumpf in petto, und diesmal hielt er die Aufmerksamkeit dadurch am meisten gespannt, daß er ihn — nicht auspielte. Das war ein diplomatischer Meisterreich!

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Dr. Mathy, Geh. Referendar Dr. Diez, und Ministerialrath Pöppen.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat folgende eingekommene Petitionen an:

- 1) Eingabe der Stadt Baden, die Spielfrage und künftigen Kuranstalten betr.; übergeben vom Abg. Kunz.
- 2) Eingabe der Gemeinden Neustadt, Löffingen, Ober- und Unterlenzkirch und des Eisenbahn-Komitees Neustadt, die Hüllenthal-Bahn betr.; übergeben vom Abg. Tritschkeller.

Der Präsident theilt mit, daß in die Kommission für den Gesetzentwurf über die Wanderlager die Abgg. Diez, Schaaff, Koppfer, Kayser und Grimm gewählt wurden.

Zur Tagesordnung übergehend, wird der vom Abg. Paravicini erstattete Bericht über die Rechnungsnachweisungen des großh. Handelsministeriums für die Jahre 1862 und 1863 berathen.

Nach diesem Bericht betragen die Einnahmen der Landes-gestütts-Verwaltung 19,570 fl. 41 kr., die Ausgaben 101 fl. 15 kr.; die Einnahmen der Wasser- und Straßenbau-Verwaltung 54,721 fl. 22 kr., die Ausgaben 2,721 fl. 59 kr., welche Summen ohne Diskussion genehmigt werden.

Eigentlicher Staatsaufwand des Handelsministeriums.

A. Ordentlicher Etat.

I. Ministerium 63,796 fl. 4 kr.

II. Aufwand für Behörden der Gewerbe und des Handels 63,818 fl. 39 kr.

III. Mühlens-, Maß-, Gewicht-, Wasser- und Straßenpolizei 1450 fl. 29 kr.

Sämmtliche Posten werden nach dem Kommissionsantrag für gerechtfertigt erklärt.

IV. Landwirtschaft 254,210 fl. 47 kr., wovon 75,216 fl. 40 kr. auf die Landwirtschaft, 177,867 fl. 51 kr. auf die Landesgestütts-Verwaltung, 1,226 fl. 16 kr. auf die Hufbeschlag-Schule kommen.

Abg. Friedrich muß hier bemerken, daß der Ankauf von Samereien aus dem landwirthschaftl. Garten hier diejenige Beteiligung von Seiten der Landwirthe nicht gefunden habe, die erwartet wurde, was wohl dem Umstand zuschreiben sei, daß diese Anstalt allen Nachfragen genügen wolle, ihr Samenvorrath hiezu aber nicht hinreichte und von auswärtig solchen bezog, der schlechter war; der letztere Umstand habe hauptsächlich zu Klagen der Landwirthe veranlaßt.

Geh. Referendar Diez gibt dieses zu, mit dem Beifügen, daß die Regierung Sorge trage, daß das Areal des landwirthschaftl. Gartens vergrößert und so dem allseitigen Bedürfnis in mehr genügender Weise entsprochen werde.

V. Wasser- und Straßenbau 3,594,257 fl. 7 kr.

VI. Verschiedene und zufällige Ausgaben 8,634 fl. 44 kr.

Für Tit. IV bis VI wird ohne Beanstandung Genehmigung ertheilt.

B. Außerordentlicher Etat. Tit. I, II, V, zusammen 1,343,655 fl. 15 kr. Bei § 57 und 58, die Administrativkredite für die Korrektion der Straße von Meßkirch nach Stetten, bezw. von Eberbach nach Zwingenberg betr., entspinnt sich eine kurze Debatte unter den Abgg. Friedrich, Paravicini und Muth über den Charakter und die Verwendung dieser Kredite, worauf

Staatsrath Dr. Mathy bemerkt, daß die Regierung durchaus keine Freundin von Administrativkrediten sei, und davon nur in den dringendsten Fällen Gebrauch mache.

Genehmigt.

Die Tagesordnung führt weiter zum Bericht über die Rechnungsnachweisungen der Post-, Eisenbahn-Betriebs-, Bodensee-Dampfschiffahrts- und der Main-Neckar-Eisenbahn-Betriebsverwaltung.

I. Postverwaltung. Einnahme 3,499,628 fl. 7 kr., Ausgabe 2,537,091 fl. 7 kr.

Zu § 4, Briefpost-Verkehr, bemerkt der Bericht:

„Seit dem Jahr 1863 genießt das Publikum bekanntlich den Vortheil, daß erstlich keine Bestellgebühr mehr erhoben wird, und daß zweitens der Tariffatz für den inländischen Verkehr auch für die weitesten Entfernungen von früher 6 fr. nunmehr auf den durchgängigen Satz von 3 fr. ermäßigt ist. Trotzdem oder richtiger in Folge davon zeigt sich das Ergebnis, daß auch in der vorliegenden Periode die Zahl der beförderten Briefe und im Zusammenhang damit das Erträgniß unter dieser Position wiederum nicht unbeträchtlich zugenommen hat. Diese Erscheinung spricht für sich selbst; sie zeigt auf's neue, wie eine Ermäßigung der Tariffätze und wie überhaupt eine jede Maßregel, wodurch die Benützung der Verkehrsanstalten erleichtert wird, nicht allein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus empfehlenswerth ist, sondern auch finanziell betrachtet in der Regel nur als ein Opfer erscheint, das im Lauf der Zeit durch die nie fehlende Steigerung des Gesamttrags mehr als wieder aufgewogen wird. Wir konstatiren bei dieser Gelegenheit gern, daß die großh. Regierung diesen Erfahrungssatz auch auf der eben tagenden Postkonferenz, soweit es an ihr lag, festgehalten hat, und fügen wir nur den Wunsch bei, daß derselbe, was die eigenen Verkehrsanstalten betrifft, auch auf anderen Gebieten und bei allen Verhältnissen, die hier in Frage kommen, zur Geltung kommen möge.“

Abg. Friedrich befürwortet die Herabsetzung der Brieftaxe und die Einführung einer einheitlichen Briefstaxe innerhalb des Postvereins, und spricht zugleich der Regierung für ihre Bemühungen in dieser Sache seine Anerkennung aus.

Staatsrath Dr. Mathy ist überzeugt, daß die einheitliche Briefstaxe in nicht sehr ferner Zukunft erzielt werden wird, wenn sie auch auf der letzten Postkonferenz die allgemeine Zustimmung nicht erlangt habe; doch sei der erste Rayon, wofür bis jetzt eine Taxe von 3 kr. entrichtet wurde, von 10 auf 20 Meilen erweitert.

Zu § 3 bemerkt der Bericht, die Aversen für Landpost-Beförderung betr.:

„Was die Geringfügigkeit der Aversen aus der Landpost betrifft, so führen die Erläuterungen als Grund derselben an: die spärliche Beteiligung der Landgemeinden. Die eigentliche Verantwortlichkeit fällt jedoch, wie allseitig versichert wird, auf die Gemeindebeamten, von dem Ortsvorstand bis herab zu dem Amtsdienner, und zum Theil auch auf die Amtsvorstände zurück. Diese sämmtlichen zunächst Beteiligten scheinen sich von der alten Einrichtung der Amtsboten nur ungern zu trennen, wie sich denn auch nicht läugnen läßt, daß dieselbe für sie manch' Bequemes hatte.“

Abg. Fingado muß dieser Bemerkung gegenüber die Gemeinden des Bezirks Emmendingen in Schutz nehmen, ist

Seit nunmehr 20 Jahren spulte die „Afrikanerin“ in der Presse, und verdrängte in den Spalten neugierigkeitsgieriger Blätter sogar die berühmte Seeschlange. Schon vor dem „Propheeten“ sollte sie komponirt sein; dann hieß es wieder, sie sei noch nicht fertig; dann wieder, der Komponist habe keine Sängerin für die Titelrolle; dann, die Sängerin sei zwar gefunden, aber sie wolle sich — nicht schwarz färben lassen, — und so fort immer neue Hindernisse, immer neue Reklamen, immer neue Hoffnungen, bis der betagte Meister endlich darüber sickte, und durch seinen Tod die „Afrikanerin“ wiederum zu seinem „Schwammengeld“ stempelte.

Etwas Mytherisches behält die Entstehungsgeschichte dieser Oper auch jetzt noch, nachdem die Verleger für gut befunden haben, uns nach der endlich erfolgten Aufführung darüber einige Aufklärung zu gönnen. Diese Daten dienen aber wenigstens dazu, uns die dramatische, geographische und ethnographische Konfusion des Textbuches als — ganz natürlich erscheinen zu lassen.

Das ursprüngliche Textbuch zur „Afrikanerin“ hat Scribe in der That dem Komponisten schon vor dem „Propheeten“ übergeben. Dasselbe enthält gerade die Motive, welche Meyerbeer eigentlich zur Komposition der Oper bestimmten: den Akt auf dem Schiffe, mit Sturm und Ueberfall, und das bunte, fremdartige Leben und Treiben auf einer Indianer- (oder indischen) Insel. Die Handlung war aber eine rein phantastische, märchenhafte; die historischen Personen (oder richtiger ihre Namen, denn von „Historie“ kann ja hier überhaupt nicht mehr gesprochen werden) fehlten gänzlich. Meyerbeer konnte sich aber nicht entschließen, die Oper in dieser Gestalt auf die Bühne zu bringen; er wollte nun einmal mindestens den historischen Scharakter retten, und komponierte unter dem „Propheeten“ fertig, obgleich er an der „Afrikanerin“ schon Manches gearbeitet hatte.

Scribe war aber nicht der Mann, um ein Libretto brauchbar zu lassen, zumal wenn es ein Meyerbeer schon in der Arbeit hatte. Sein Freund und Mitarbeiter gab aber nicht nach, zahlte lieber Reugeld,

und zwang so Scribe endlich zu einer Umarbeitung des Textes. Scribe erband nunmehr hongré malgré die Figuren des Vasco de Gama und seiner Genossen, um durch diesen historischen Fittich das Buch nicht etwa verständlicher, aber doch „interessanter“ zu machen. Die Oper hieß nunmehr „Vasco de Gama“, und Meyerbeer führt sie selbst in seinem Testamente noch unter diesem Titel an. Als er aber nun daran ging, die bereits früher fertige Musik den Worten dieses neuen Libretto anzupassen, konnte er wieder nicht zum Abschluß kommen, bis er endlich den Entschluß faßte, die ganze Oper neu zu komponiren. Die Musik der ersten „Afrikanerin“ soll vollständig (?) existiren, und sich unter Meyerbeer's Nachlaß mit der Aufschrift „Vecchia Africana“ vorgefunden haben. Warum er von dieser alten „Afrikanerin“ aber gar Nichts zur neuern hatte brauchen können oder wollen, da die meisten Szenen der drei letzten Akte doch offenbar schon darin enthalten sein mußten, — bleibt deshalb immer noch unauflöslich. Meyerbeer hat im „Feldlager“ gezeigt, daß er es wie Keiner verstand, seine Arbeiten zu verwerten und sein Talent auszubeuten, so viel als nur möglich ist. Wirthin können wir keineswegs die Ansicht Theil nehmen, welche bedauert, daß die vormalige „Afrikanerin“, „weil sie gewiß ein Meisterwerk sein müßte“, nicht an's Tageslicht gekommen ist. Wir vermuten im Gegentheil, daß Meyerbeer sehr gut wußte, warum er diese alte Partitur nicht herausgab, und daß er, was irgend brauchbar an ihr war, in die neue Partitur sicher verschmolzen hat.

Als nun aber „Vasco de Gama“ endlich zur Aufführung eingebracht war, erklärte die Direktion der Großen Oper, daß sie das Werk mit diesem Titel nicht zur Aufführung bringen wolle. Das Publikum warte seit länger als 10 Jahren auf die „Afrikanerin“, nicht auf „Vasco“; die Reclame und das Publikum müßten Recht behalten; und damit es nicht heiße, die „Afrikanerin“ sei wirklich nur eine Seeschlange gewesen, mit der die Welt getarnt worden sei, müsse der alte Titel unter allen Umständen bleiben. Und so geschah es

aber der Ansicht, daß diese Aversen von der Postverwaltung zu hoch gegriffen seien.

Abg. Sachs gibt zu, daß durch den Landpost-Verkehr die Gemeindefunktionen in nicht unerheblichem Maße belästigt werden. Er konstatiert ferner, daß bei diesem Verkehr viele Defraudationen stattfinden, theils aus Mißverständnis, theils mit Wissen und Willen. Der Stein des Anstoßes bei den Gemeinden seien die zu hohen Aversen. Am besten wäre es, wenn ein gewisses Aversum für alle Gemeinden des Landes festgesetzt würde, oder, falls dieses zu weitgehend wäre, die Aversen wenigstens herabgesetzt würden.

Abg. Pilsford hält dem Abg. Fingado entgegen, daß die Bemerkung des Berichtes nicht gegen die Gemeinden des Bezirks Emmendingen, sondern des ganzen Landes gerichtet sei. Zu einer solchen Bemerkung lägen auch für ihn die Verhältnisse viel zu fern, und sei diese auf ausdrücklichen Wunsch der Kommission in den Bericht aufgenommen.

Ministerialrath Pöppel widerlegt die vom Vorredner gemachten Behauptungen. Es betheiligen sich an der weiteren Diskussion noch die Abgg. Schaff, Sachs, Paravicini, Friderich, Wenzel, Allmann, Gerwig, Pilsford, Grimm, worauf der Gegenstand verlassen wird.

II. Eisenbahnbetriebs-Verwaltung: Einnahmen 14,991,775 fl. 19 kr. (mehr als das Budget 2,018,891 fl. 19 kr.). Ausgaben: a. ordentlicher Etat 8,545,155 fl. 20 kr., b. außerordentlicher Etat 5,202,929 fl. 33 kr., also Reinertrag 5,926,590 fl. 26 kr.

Abg. Friderich weist nach, in welcher außerordentlichem Grade der Güterverkehr vom Jahr 1861 bis 1863 zugenommen habe, indem die Güterbeförderungen von 18 auf 33 Millionen Antr. gestiegen seien. In gleichem Verhältnis hätten sich jedoch die Einnahmen nicht vermehrt; es habe sich also hier nicht bewährt, daß mit Erniedrigung der Taxe eine Erhöhung der Einnahme eintrete.

Abg. Moll widerspricht Dem. Eine andere brennende Frage aber lasse ihn nicht schweigen; das sei die Herabsetzung der Taxe für Steinkohlen-Transport. Er weist nach, wie sehr der Betrieb und die Rentabilität mancher industriellen Etablissements hiervon abhängen und eine ganz geringe Taxerniedrigung eine namhafte Summe für größere Industriezweige, deren wir mehrere im Lande hätten, jährlich ausmache. Er stelle daher an die großh. Regierung die Bitte, diesem Wunsch entgegenzukommen und bereits schwebende Unterhandlungen in dieser Sache möglichst zu beschleunigen.

Staatsrath Dr. Mathy: Die badische Verwaltung erkenne ihren Standpunkt und ihre Aufgabe vollkommen und zeige auch, daß sie darnach handelt; sie erwarte aus den Unterhandlungen mit der württembergischen Regierung ein Arrangement, womit alle Willigdenkenden zufrieden sein können.

Bei § 3 stellt Abg. Schaff die Anfrage, ob sich eiserne Telegraphenstangen nicht besser bewähren sollten, als hölzerne. Die Abgg. Gerwig und Frick negiren dieses.

III. Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung. Einnahme 105,937 fl. 23 kr., Ausgabe 84,501 fl. 52 kr. Diese Rechnungsergebnisse betreffen die Periode vom 15. März 1863, an welchem Tag der Betrieb der Dampfschiffahrt durch die Eisenbahnverwaltung übernommen wurde, bis zum Schluß dieses Jahres. Es bestand für 1863 noch kein Budget.

IV. Main-Neckar-Eisenbahn-Betriebsverwaltung, bezw. der Antheil der großherzogl. badischen Staatskassa am Reinertrag derselben beträgt 254,760 fl. 25 kr.

Alle Positionen werden genehmigt. Der Tagesordnung gemäß schreitet die Kammer zu den Verstärkungswahlen in die Kommissionen:

- 1) Für die neue Katastrirung der Gebäude: Abgg. Muth und Kimmig;
- 2) für das Rekrutirungsgesetz und die Abänderung des Konstruktionsgesetzes in Bezug auf das Einstandswesen: Abgg. Knies, Schaff;
- 3) für Eisenbahnbau: Abgg. v. Roggenbach, Seig, Gerwig, Behagel, Kunz, und zwischen Tritschler und v. Feder fällt das Loos auf Erstern;
- 4) für die Abänderung der Gemeindeordnung: Abgg. Fauler, Heidenreich, Tritschler, Krausmann, Friderich, Sachs;

Und so erklärt sich das seltsame Naturspiel, daß diese Vasco-Afrikanerin, sondern die Königin irgend einer mythischen Insel ist.

Die meisten Stücke dieser Vasco-Afrikanerin datiren, laut Meyerbeer's handschriftlichen Notizen, aus der allerletzten Zeit des Reichers. Sie sind (außer der Reihe) in den Jahren 1860 bis 1864 komponirt, so z. B. das Septuar-Finale im 2. Akt 1862, die Verzehe 1863, der indische Marsch in demselben Jahr, das Duett des 4. Akts 1862, der Manzanillenbaum, 1863. Am ältesten ist der erste Akt; der Priesterchor ist 1857 komponirt, die erste Romanze (das älteste Stück der Oper) im Februar 1853. Auch die Ballade des Relueto im 3. Akt fällt in das Jahr 1858. — Diese historischen Daten sind nicht ohne Interesse, denn sie geben uns Aufklärung über den musikalischen Styl der Oper, in deren Einzelheiten wir jetzt noch näher einzugehen haben. (Schluß folgt.)

Bern, 15. Febr. Am 31. Januar hat ein Hr. Seiler von Brien in Begleitung des von der unglücklichen Besiegung des Matherhorn im letzten Sommer her bekannten Führers Langwaber von Zermatt dem von dem Ingenieur Dollfus auf dem 10,241 Fuß über der Meereshöhe im Kanton Wallis gelegenen St. Theodul-Paß aufgestellten meteorologischen Posten einen Besuch abgesehen. Hr. Seiler kam mit seinem Führer ungefähr auf der Höhe an und fand die drei Personen, aus welchen der Posten besteht, im besten Wohlfühlen vor. Der Wachtposten bewirtete seine Gäste mit einem frischen Hammelbraten, Reis, Brod, Käse und ausgezeichnetem italienischen Wein. Der Besuch des Hrn. Seiler hatte keinen andern Zweck, als sich von dem Befinden der drei Wächter Gewißheit zu verschaffen, da dies das erste Mal ist, daß Menschen einen ganzen Winter hindurch in solcher Höhe verweilen.

Paris, 19. Febr. Gounod's „Faust“ wird morgen im „Lyrischen Theater“ zum 200sten Mal gegeben.

5) für das Vereins- und Versammlungsrecht und das Preßgesetz: Abgg. Knies, Kossirt, Kusel und Dötkircher.

Abg. v. Feder richtet an die großh. Regierung in Folge mehrerer ihm zugekommenen Schreiben die Frage, wie es mit der Fortsetzung der Taubenthalbahn stehe; ob es richtig sei, daß die Arbeiten eingestellt oder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben seien. Die dortige Bevölkerung sei sehr in Aufregung.

Staatsrath Dr. Mathy dankt dem Abg. v. Feder für diese Anfrage. Er führt aus, daß im Jahr 1863 erst das bezügliche Gesetz für diesen Eisenbahn-Bau zu Stande gekommen, und im darauf folgenden Jahr die erforderlichen Mittel mit 300,000 fl. genehmigt worden seien. Dieser Kredit sei nicht nur erschöpft, sondern noch 58,000 fl. mehr verausgabt worden, was sicherlich nicht darauf hindeute, daß die Arbeiten lässig betrieben werden, zumal noch Hindernisse an der untern Strecke der Bahn zu besichtigen seien; so seien z. B. noch ein Tunnel und zwei Brücken zu bauen. Auch habe die Regierung wieder große Schwierigkeiten zu bekämpfen gehabt wegen einzelner Expropriationen, und zwar besonders in Wertheim.

Schluß der Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

## Deutschland.

Karlsruhe, 19. Febr. Seine Hoheit der Prinz und Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Friedrich von Hessen sind gestern Nachmittag zum Besuch Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin hier eingetroffen, wohnten der Vorstellung der „Afrikanerin“ im großh. Hoftheater an, und kehrten Abends 11 Uhr nach Baden zurück.

Frankfurt, 19. Febr. Der Bundestag ist fortwährend für eine genügende und den modernen Anforderungen entsprechende Ausrüstung der Bundesfestungen besorgt. Erst in der jüngsten Bundestags-Sitzung wurde vom Militärausschuß eine Erhöhung der Munition beantragt, wobei es sich um einen Kohlenbetrag von etwa 1 Million Gulden handelt. Als weitere Vorkehrung in dieser Richtung kann es gelten, daß neuerdings wieder 62 glatte 18- und gezogene 24-Pfünder umgeändert und in die Bundesfestungen vertheilt werden. Auch ist vor kurzem für die Ausrüstung neuer Geschütze mit Lafetten und Zubehör Sorge getragen worden. Dagegen soll auch eine Anzahl von Haubitzen, welche den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr entsprechen, ausrangirt werden. — In der letzten Bundestags-Sitzung wurde der Rechnungsauszug über die bei Rothschild'sche Vermögensverwaltung deponirten Bundesfonds vorgelegt. Darnach betragen dieselben (bestehend aus den Festungs-, Zentralverwaltungs-, Kanzleikasse- und den Fonds wegen Holstein-Lauenburg) die immerhin beträchtliche Summe von 6,419,090 fl.

Hannover, 13. Febr. (Nat.-Ztg.) Die Ständeverammlung wird sich wahrscheinlich spätestens gegen Mitte März versammeln, um, so weit möglich, sich zu konstituiren, die Regierungsvorlagen entgegenzunehmen, und zu deren Prüfung die Ausschüsse niederzusetzen. Absdann wird wohl, wie herkömmlich, eine mehrwöchentliche Vertagung eintreten, um den Kommissionen zu ihren Arbeiten Zeit zu lassen. — Von hiesigen Bürgern ist eine Anerkennungssadresse an das preussische Abgeordnetenhaus zu Händen des Präsidenten Grabow gerichtet worden.

Hamburg, 19. Febr. (W. L. Z.) Der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ wird aus Schleswig gemeldet, daß gutem Vernehmen zufolge im Herzogthum Schleswig demnächst Ersatzwahlen vorgenommen werden sollen.

Hamburg, 19. Febr. Die „Hamburg. Nachr.“ veröffentlicht ein Antwortschreiben des Hrn. Firnjahn an das Stadtkollegium zu Segeberg, worin derselbe sich für den engsten Anschluß an Preußen im Interesse des Landes und der deutschen Einheit ausspricht. — Aus Holstein wird dem gleichen Blatt berichtet: Am 21. Febr. wird in Kiel eine Versammlung nichtritterlicher Besitzer adeliger Güter stattfinden. Diese Versammlung dürfte sich auf die Agitation gegen die Abreise von Scheel-Plessen und Genossen beziehen. — Endlich meldet man den „Nachrichten“ aus Kiel: Die preussische Regierung bewilligt zur Nordpol-Expedition zwei Dampf-Kanonensboote, welche in Hamburg ausgerüstet werden, so daß die Expedition Anfangs Mai reisefertig sein wird.

Kiel, 17. Febr. Die „Kiel. Ztg.“ ist heute polizeilich mit Beschlag belegt worden. Dem genannten Blatt wird bestätigt, daß der Prof. Dr. Hänel von der Statthalterchaft für Holstein den Auftrag erhalten hat, ein Rechtsgutachten über Holsteins Ansprüche an das ehemalige dänische Ober-Postamt in Hamburg auszuarbeiten. (Die dänische Regierung hat dasselbe bekanntlich an die preussische abgetreten.)

Schleswig, 15. Febr. Nach einer von der obersten Postbehörde erlassenen Verfügung sind alle Pakete, als deren Inhalt man verbotene Zeitungen vermutet, von dem Postamt in Gegenwart des Adressaten zu öffnen.

Berlin, 18. Febr. Die klerikalen Abgeordneten Haanen, Froning, Mader, Welzel und Auster haben nachträglich eine Motivirung ihrer Abstimmung gegen den v. Hoyerbed'schen Antrag zum stenographischen Bericht gegeben, in welcher sie erklären, daß sie für den von Robben angenommenen Antrag des Abg. Kannegießer gestimmt haben, und daß ihr Votum gegen den Hoyerbed'schen Antrag keineswegs als eine Zustimmung zu den von der ministeriellen Partei entwickelten Ausführungen betrachtet werden könne. — Die Adresse an den Hamburgischen Ministerresidenten Dr. Geffken ist nun doch an denselben gelangt. Sie geht aus von einer Disstricksversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine zu Isehoe, und spricht die Anerkennung dafür aus, daß Hr. Geffken „in gerechter Anerkennung und Würdigung der Rechte des schleswig-holsteinischen Volks, insonderheit seines Selbstbestimmungsrechts, sich des größten Theils der Vortheile seiner hohen Stellung beraubt habe, um nicht den Be-

strebungen des Großherzogs von Oldenburg bezüglich Schleswig-Holsteins dienlich zu sein.“ Der gefeierte Diplomat scheint jedoch nicht sehr erbaut von dieser Anerkennung zu sein; denn er hat darauf folgen, nicht sehr entgegenkommende Antwort gegeben:

„Ew. Wohlgeboren gefälliges Schreiben, welches sich auf eine längst vergangene Thatsache bezieht, habe ich erhalten, muß mir aber zu erwidern erlauben, daß, wenn ich meine Entlassung als oldenburgischer Ministerresident gegeben habe, ich dafür auf keinerlei öffentliche Anerkennung gerechnet habe, und daher nicht in der Lage bin, den jedenfalls sehr übertriebenen Ausdruck derselben, wie Ihr Schreiben ihn überbringt, entgegenzunehmen.“

Berlin, 19. Febr. Dem Präsidenten des Abgeordneten-Hauses, Hrn. Grabow, ist heute folgendes (telegraphisch bereits erwähnte) Schreiben zugegangen:

Nachdem das k. Staatsministerium von Ew. Hochwohlgeboren gefälligem Schreiben vom 3., dem 10. und dem 16. d. M. durch mich Kenntnis erhalten, hat dasselbe beschlossen, die Annahme dieser Schriftsätze abzulehnen, weil die darin mitgetheilten Beschlässe in der dem Hause der Abgeordneten durch die Verfassung beigelegten Kompetenz nicht nur keine Begründung finden, sondern verschiedene Artikel der Verfassung ausdrücklich verletzen. Das Haus der Abgeordneten ist weder berechtigt, einen von Sr. Maj. dem König geschlossenen Staatsvertrag für rechtungswidrig zu erklären, noch richterliche Urtheilsprüche anzufechten, noch den Beamten der Exekutivgewalt Vorschriften zu ertheilen. Der Beschluß des Hauses vom 3. d. M. verletzt den Art. 48, der vom 10. d. M. den Art. 86, der vom 16. d. M. den Art. 45 der Verfassung. Die k. Regierung vermag über rechtswidrig gefaßte Beschlässe keine amtliche Mittheilung von dem Präsidium des Hauses entgegen zu nehmen, und beehrt sich mich daher, Ew. Hochwohlgeboren die überreichten Ausfertigungen der Beschlässe, betreffend das Herzogthum Lauenburg, den Antrag des Hrn. v. Hoyerbed und die Petition des Hrn. Classen-Kappelmann, in den Anlagen wieder zuzustellen. — Berlin, den 18. Febr. 1866. Der Präsident des Staatsministeriums. (gez.) v. Bismarck.

Die Marinekommission hat am Samstag Abend ihre Arbeit beendet und, wie vorausgesehen war, die Vorlage der Regierung einstimmig abgelehnt. Die Diskussion bot neue Gesichtspunkte nicht dar, erwiderte sich aber auf die ganze schleswig-holsteinische Frage und auf das Provisorium, wie über den Kieler Hafen. Dr. Birchow wird schriftlichen Bericht erstatten.

Berlin, 19. Febr. Die seit gestern hier umlaufenden Gerüchte von einer angebliehen Personalveränderung im Staatsministerium oder von dem angebliehen Rücktritt des gesammten Ministeriums erweisen sich als völlig grundlos. Für diese Gerüchte liegt auch nicht der mindeste thatsächliche Anhaltspunkt vor. — Gestern Nachmittag ertheilte Sr. Maj. der König dem neu ernannten britischen Botschafter Lord Loftus eine Antrittsaudienz. — Gestern Abend ist der diesseitige Botschafter am französischen Hofe, Graf v. d. Goltz, aus Paris hier eingetroffen.

Wien, 18. Febr. Die letzte nach Berlin abgegangene österreichische Depesche vom 7. Febr. enthält dem Vernehmen nach — nur beiläufig, aber in aller Schärfe hingeworfen — eine Aeußerung, welche für den Standpunkt, von dem aus allein Oesterreich auch jetzt noch eine Lösung der Herzogthümerfrage für zulässig erachtet, bezeichnend sein mag. Es ist das die Hinweisung auf den Ursprung des Krieges gegen Dänemark, der mit der Abtrennung der Herzogthümer von Dänemark seinen Abschluß gefunden, die bestimmte Erinnerung daran, daß dieser Krieg nicht bloß für Deutschland, sondern auch von Deutschland unternommen worden, und daß Oesterreich und Preußen ihn nicht als europäische, sondern daß sie ihn als deutsche Mächte, auf Veranlassung und im Auftrag des Bundes, geführt. Die Depesche zieht nicht in ausdrücklichen Worten den Schluß aus diesen, wenn auch zweifellosen, so doch vielfach verwickelten Thatsachen, aber der Schluß liegt nahe und seine Nutzenanwendung ist mit Händen zu greifen.

Wien, 19. Febr. (Fr. P.-Ztg.) Zur Feststellung des Antwortreplikens auf die am 22. Febr. dem Kaiser zu überreichende Adresse des kroatischen Landtags reisen morgen die Minister nach Pesth.

## Schweiz.

Bern, 19. Febr. Die Bundesversammlung wurde heute eröffnet. Der Nationalraths-Präsident v. Planta zieht in der von ihm gehaltenen Ansprache aus der Verwerfung der Revision der Bundesverfassung die Lehre, daß man bloß aus äußeren Veranlassungen und aus Konvenienzrücksichten nie an dem obersten und ehrwürdigsten Gesetze eines Landes rütteln und ändern soll. Erfolgreiche Umgestaltungen konstitutioneller Grundlagen können nur aus dem innern Bedürfnis, aus dem innern Drang und Bewußtsein des Volkes hervorgehen. Der Sprecher erblickt keine Gefahr in einer Revisionsbewegung und in dem Streben nach Heilmitteln gegen die Versehen der Legislatur. Er vertraut dem gefunden Bürgerinn des Schweizervolkes, daß derselbe den richtigen Weg und die rechten Zielpunkte finden und Unreifes und Unzumuthmäßiges ausscheiden werde.

## Italien.

Florenz, 18. Febr. In den Wahlen in Messina wurde Ballotage notwendig zwischen Mazzini, der 311, und Bottara, der 164 Stimmen erhielt. — Die Arbeits-einstellung der Ruischer in Neapel hat aufgehört.

## Frankreich.

Paris, 18. Febr. (Sch. Merk.) Die offizielle „Wiener Zeitung“ hat bekanntlich das Vorhandensein eines Putschschreibens geläugnet, welches den diplomatischen Agenten Oesterreichs über den gegenwärtigen Stand der schleswig-holsteinischen Frage zugesandt worden sein soll. Nun behauptet aber trotzdem das „Memor. diplom.“, daß das Wiener Kabinett sowohl seinen deutschen Verbündeten, als den Großmächten vertrauliche Erkundigungen über die zuwartende Haltung habe zukommen lassen, die es gegenüber Preußen beobachten zu müssen glaube, sei es, um den Weg zu einem bessern Ver-

häftig mit demselben zu ebnen, sei es, um nicht Konflikte hervorzurufen, die den allgemeinen Frieden stören könnten. Der Schritt, den Oesterreich in dieser Beziehung nicht bloß bei den Staaten des Deutschen Bundes, sondern auch bei den Höfen von Paris, London und St. Petersburg gethan, habe zwischen den europäischen Kabinetten und Oesterreich zu einem Austausch von Gesichtspunkten geführt, zu denen letzteres allen Grund habe, sich Glück zu wünschen. — Die plötzliche Abreise des Grafen v. B. Goltz nach Berlin ruft eine Fluth von Vermuthungen hervor. Daß sie mit der Verschlimmerung der Beziehungen zwischen Wien und Berlin in Zusammenhang steht, scheint zweifellos. Allein man thut Herrn v. Bismarck offenbar einen zu großen Gefallen, wenn man den preussischen Gesandten abreißen läßt, um in Berlin über die Haltung Frankreichs im Fall eines Kriegs zwischen Preußen und Oesterreich Auskunft zu geben. Großes Gewicht will man auf die Thatsache legen, daß der Kaiser noch die Aufmerksamkeit hatte, den Grafen gestern zu Tisch zu laden. — In den Unterhandlungen über den österreichisch-französischen Handelsvertrag haben sich dem Vernehmen nach in Betreff der Allföhle und Zucker einige Schwierigkeiten ergeben, zu deren Beseitigung der österreichische Bevollmächtigte Schwarz neuerdings nach Paris zurückgekehrt ist. Man glaubt, daß diese Punkte keine lange Verzögerung veranlassen, und daß der Vertrag bald in Wien unterzeichnet werde.

**Paris, 19. Febr.** Der gestrige „Abendmoniteur“ veröffentlicht die Worte, welche der Kaiser bei Entgegennahme der ihm überreichten Senatsadresse gesprochen hat. Dieselben lauten:

Meine Herren Senatoren! Die Adresse des Senats ist die berechtigte Erklärung meiner Rede; sie entwickelt, was ich nur angedeutet hatte, sie erklärt Alles, was ich zu versehen geben wollte. Sie wünschen, wie ich, die Befähigung, die vernünftige und fortschreitende Entwicklung unserer staatlichen Einrichtungen, die Verbesserung des Schicksals der großen Menge, die unangefasste Wahrung der nationalen Würde und Ehre. Diese Uebereinstimmung ist eine Stärke. Die stitische, wie die körperliche Welt gehorcht allgemeinen Gesetzen, die man ungeführt nicht übertritt darf. Nicht dadurch, daß man täglich die Grundlagen eines Gebäudes erschüttert, beschleunigt man dessen Vollendung. Meine Regierung ist keine Regierung des Stillstandes, sie geht voran und will vorangehen, aber auf festem Boden, der im Stande ist, die Macht (pouvoir) und die Freiheit zu tragen. Außen wir den Fortschritt in jeder seiner Gestaltungen zu Hilfe, allein bauen wir, Schichte um Schichte, jene große Pyramide auf, die das allgemeine Stimmrecht zur Grundlage und den juristischen Genius Frankreichs zur Spitze hat. Diese in Ihrer Adresse so trefflich ausgedrückte Gesinnung hat mich lebhaft gerührt; sie ist des ersten Staatskörpers, des wachsamsten Hüters der Verfassung und der durch dieselbe eingeleiteten Prinzipien würdig.

In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurde der Adresse turgor verlesen. Er ist wesentlich umschreibender Natur, und vielleicht in einzelnen Stellen weniger accentuirt, als die betreffenden Meinungsäußerungen des Senats. Die Hauptstelle über Mexiko lautet:

Unsere Expedition in Mexiko ist dem Ende nahe, und das Land hat diese Zuficherung mit Befriedigung entgegengenommen. Durch die getriebene Pflicht nach Mexiko geführt, unsere Staatsangehörigen gegen gewaltsame Gewaltthätigkeiten zu schützen und Genugthuung für alle gerechtfertigte Beschwerden zu erlangen, haben unsere Soldaten und Seeleute die ihrer Hingebung von Ein. Maj. anvertraute Aufgabe in würdiger Weise erfüllt. Diese Expedition in diesen entfernten Ländern hat auf neue für die Unmöglichkeit und die Macht Frankreichs Zeugniß abgelegt (sehr gut!). Das Volk der Ver. Staaten, das von langer Zeit her die Loyalität unserer Politik und die traditionellen Sympathien, von denen sie sich leiten läßt, kennt, darf aus der Anwesenheit unserer Truppen auf mex. Boden keinen Argwohn schöpfen. Ihre Abwesenheit einem andern Ermessen als dem unsrigen anheimstellen wollen, ließe unsern Rechten und unsrer Ehre zu nahe treten. (Zustimmende Bewegung.) Ihrer Dignität, Ihre, sind Sie anvertraut, und der Gesetzgeb. Körper weiß, daß Sie mit einer Frankreichs und Ihres Namens würdigen Sorgfalt darüber wachen werden. (Sehr gut!).

Die Diskussion der Adresse ist auf nächsten Montag, 26. d. M., anberaumt worden.

Der „Patrie“ zufolge hätten sich ernstliche Schwierigkeiten zwischen der ägyptischen Regierung und dem Kaiser Theodoros von Abyssinien erhoben, die, wie man fürchtet, zu einem Bruch zwischen beiden Ländern führen dürften. — Dasselbe Blatt schreibt: „Privatbesuchen aus New-York melden uns, daß in Washington eine Versammlung der Minister stattgefunden hat und daß Hr. Seward seinen Kollegen den Entwurf einer diplomatischen Note in Betreff der Angelegenheiten Mexikos mitgetheilt habe. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit dieser Note verständliche Gesinnungen kundgab und sich bereit zeigte, unter gewissen Bedingungen die Neutralität zu proklamiren.“ — Rente 69.12 1/2, Cred. mob. 67.125, ital. Anl. 60.90.

### Großbritannien.

**London, 18. Febr.** Parlamentsverhandlungen vom 17. Februar.

Für das Oberhaus war die außerordentliche Sitzung, welche die Regierung erwirkt hatte, um die Ermächtigung zur Suspension der Habeas-Corpus-Acte nachzugehen, erst auf vier Uhr Nachmittags anberaumt; das Unterhaus dagegen trat schon um zwölf Uhr Mittags zur Beratung zusammen. Der Sitzungssaal war gedrängt voll und es herrschte große Erregung und Spannung. Die Einbringung des Antrages hatte der Minister des Innern, Sir George Grey, übernommen. Mit tiefem Bedauern — sagte er — erhebe er sich, um seinen Antrag zu stellen. Die Befugniß, die Habeas-Corpus-Acte außer Kraft zu setzen, sei so ernstlicher Natur, daß weder die Regierung sie ohne großes Bedenken in Anspruch nehmen, noch das Parlament sie ohne schwer wiegende Gründe gewähren dürfe. Die Regierung aber sei von der Ueberzeugung erfüllt, daß die gegenwärtigen Zustände Irlands, die Mißachtung der Gesetze, die weitverbreitete Unzufriedenheit, die sich bei einem großen Theil der Bevölkerung kundgeben, es ihr zur entscheidenden Pflicht machten, eine so gewichtige

Mahregel zu fordern. Vielleicht mögen Manche glauben, die Regierung hätte sich schon früher deshalb ans Parlament wenden müssen; doch habe sie sich gedrückt, dies zu thun, ehe nicht alle andern Mittel zur Unterdrückung der Rebellion versucht worden seien. Die Ziele der Aufständischen lägen gar zu offen zu Tage, als daß sie einer weitläufigen Darlegung bedürften. In letzter Zeit habe die Fenierverschwörung eine Ausdehnung angenommen, wie man es vordem nicht erwartet hätte. Schon im Jahr 1862 existirte sie; die Agitatoren hielten Reden und verbreiteten aufreizende Schriften, um die Gesetze des Landes umzuwerfen. Die Regierung beobachtete das Treiben wachsamem Auge, ersuchte ein öffentliches Einschreiten aber nicht geboten, bis eine bemerkenswerthe Ersehnung sich mit dem Schluß des amerikanischen Bürgerkrieges einstellte. Als die Irländer, welche in der Unionarmee gekämpft hatten, sich außer Beschäftigung gesetzt sahen, traten sie zu einem Verein zusammen, der in gemeinsamem Handeln mit den Verführern in Irland die Autorität der königl. Regierung stürzen sollte. Mit Geld, Waffen und Menschen unterstützten sie die unzufriedene Partei in der Heimath, und Agenten wurden von Amerika nach Irland abgeleitet, um ihre Pläne auszuführen. Die Umtriebe dieser Leute wurden von der Regierung überwacht, da sie es an der Zeit trachtete, einen wirksamen Schlag gegen die Agitation zu führen, indem sie die Leiter der Bewegung verhaftete und vor Gericht stellte. Eine hochverrätherische Geist absondernde Zeitung, „The Irish People“, wurde gleichfalls mit Beschlag belegt. (Der Minister verliest hier eine Reihe von Schriftstücken.) In den anerkannter Maßen mit größter Unparteilichkeit und Gündlichkeit geführten Prozessen wurden alle Beschuldigten des Verbrechens überwiegen. Der Richter, welcher das Strafurtheil auszusprechen hatte, wies auf den Wahnsinn der feniischen Bestrebungen und auf die daraus mit Nothwendigkeit entpfehlenden unheilvollen Folgen für das ganze Land hin, während an eine Verwirklichung der Pläne doch nie zu denken sein könnte. Diese Mahnungen aber fanden wenig fruchtbareren Boden unter den Verführern; die Bewegung ging weiter, und von Amerika erhielten die Feni fortwährend Unterstützung. Wechsel bis zum Betrag von 3000 Pfd. St. sind von der Polizei den Agenten abgefangen worden; Waffen und Leute kommen noch immer herüber. Eine Proclamation an die „Bürger Irlands“ fordert zum Aufstand und zur Befreiung der Insel von dem Joch der Unterdrückung. Zwar befürchtet die Regierung für sich nicht das Mindeste von dem Treiben dieser Leute; doch ist sie besorgt, daß sie auf mißleitete Gemüther in Irland Einfluß haben und denselben die tödliche Hoffnung auf den Bestand der Vereinigten Staaten hebringen könnten. Wie auch die Empörung durchgeführt werden möge, die Macht der gesetzlichen Regierung muß schließlich triumphiren. Doch es ist nicht zu übersehen, daß es kaum ein Regiment in Irland gibt, zu welchem sich die Gemüther aus Amerika nicht Zugang verschafft hätten, um die Soldaten von ihrem dem Lande und der königlichen Eide abwendig zu machen. Mehrere Soldaten sind wegen Treubruchs schon nun in Haft. Gegenwärtig herrscht in Irland allgemeine Beförniß, die Einwohner fühlen sich unsicher; es gibt sich sogar die Furcht kund vor einem unmittelbaren bevorstehenden Aufstand. Nach Besprechung mit der Regierung hat der Kruppenkommandant in Irland, Sir Hugh Rose, Verstärkungen aus England an sich gezogen. In sehr vielen Grafschaften ist der Ausnahmezustand proklamirt worden; Seehäfen sind durchsucht und Waffenvorräthe aufgefunden worden. Sechszwanzig Häupter der Verführer befinden sich im Zuchthaus; aber jedes Schiff aus Amerika bringt Mannschaften und Geld, um die Empörung zu fördern, und die Verführer treten thätiger auf als je. Der Lord-Stathalter hat befohlen, nachdem er mit dem Lordkanzler von Irland und dem Attorneygeneral zu Rathe gegangen, den Entschluß gefaßt, der Regierung die Suspension der Habeas-Corpus-Acte vorzuschlagen. (Der Minister verliest mehrere Briefe von Lord Madoxhouse.) Hierin stimmt ihm Hr. Fortescue (der Sekretär für Irland), welcher gewiß der letzte ist, unübrig strenge Maßregeln zu befürworten, vollkommen zu, besonders da Sir Hugh Rose noch übertrassende Enthüllungen machte: Ganze Bänder hielten sich in Bereitschaft, auf jeden Punkt loszustrahlen, der zum Angriff gelegen erseheine; in Dublin befanden sich 400 Mann, die einen täglichen Sold von 18 Pence bezögen und die Zeit zum thätlichen Auftreten erwarteten. Besonders in den Grafschaften Cork, Waterford, Tipperary und Dublin sei die Stimmung eine sehr bedenkliche; doch die schlimmste Seite der Sache seien die Verhufe, die Truppen zu verführen, Verhufe, die in manchen Fällen gelingen könnten. Auch der Kommandant der Armee erklärte daher die Aufhebung des Habeas-Corpus für geboten, um weiterem Unheil vorzubeugen. Gleich nach Empfang der Depesche des Lord-Stathalters wurde ein Kabinetstath einberufen, und es kam zu dem Beschluß, jene Maßregel zu erwirken, welche jetzt für die Sicherheit des irischen Volkes eine Nothwendigkeit ist (Beifall). Die Thronrede hat die Verführerung mit Recht als eine gegen die bestehende Regierung gerichtete beschrieb und als ihren Zweck die Losreißung Irlands für eine fremde Macht erklärt. Der Mittelpunkt der Bewegung liegt in Amerika, und sie entspringt nicht aus einer einfachen sozialen oder politischen Ursache. Kein Mann von anerkannter Auktbarkeit in Irland ist an der Verführerung theilhaftig; das beweist schon die neuliche große Versammlung von achtungswerthen Leuten in Dublin, welche die Unterdrückung der Bewegung anstrebten. Wird der Agitation gestattet, sich auszubreiten, so wird sie alle Industrie lähmen und dem Lande jeglichen Fortschritt abschneiden. Das Haus möge daher selbst über die Nothwendigkeit der beantragten Maßregel urtheilen. Sie ist vorgeschlagen, um die Verfassung jener übergesinnnten Menschen zu ermöglichen, welche ihre Umtriebe so einzurichten wissen, daß sie nicht von dem Gesetz erreicht werden können, und weiterschende Befugnisse sind daher für die Behörden erforderlich, das einzige Mittel, den Geist der Empörung zu bannen. Sir George Grey schloß mit dem Vorschlag, die Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte auf ein halbes Jahr zu bestimmen, und setzte sich unter lautem Beifall nieder.

Die raeli nahm von seiner Stellung als Führer der Opposition ganz Abstand und stimmte dem Antrag der Regierung zu, indem er die Hoffnung aus sprach, daß das ganze Haus ebenso denken möge; denn die Sachlage in Irland sei nicht durch innere oder heimliche Ursachen hervorgerufen worden. Letzterer Ansicht trat

Bright entgegen. So lange er einen Sitz im Hause habe, seit 22 Jahren, habe er sich nie mit einem so tiefen Gefühl der Demüthigung und der Scham erhoben, wie jetzt. Seit der Vereinigung mit England sei Irland der Regierung stets eine Quelle der Besorgniß gewesen; und läge es in der Macht der Regierung, so würde sie wohl sofort Irland von seinen Meeresküsten abhören und 2000 Meilen weiter nach Westen vor Anker gehen lassen. Die Irländer seien von Natur nicht zu Verbrechen geneigt, sondern befänden im Gegentheil manche der edelsten Eigenschaften des Menschengeschlechts und gewiß

auch ein dankbares Gemüth. Aber die Mißregierung durch das Parlament Englands habe sie erbittert und in einen chronischen Zustand der Empörung hineingetrieben. Man möge 500 Menschen einlockern und die Verführerung unterdrücken, die Keime der Krankheit, an denen Irland leide, würden doch haften bleiben und zu einer neuen Ernte des Hasses emporsteigen. Die Aufgabe Englands sei, ein Heilmittel für die irischen Zustände aufzusuchen, um Irland zu einem treuen Freund zu machen. Dem Antrag der Regierung widersehe er sich nicht, denn jetzt sei dies wohl der einzige Weg der Milde, der gegen Irland eingeschlagen werden könne. Die Regierung aber möge einige lindernde Worte aussprechen, die der Schwelmerinsel eine hoffnungsvolle Zukunft eröffnen.

Die beiden folgenden Redner, Roebuck (der jedoch zugleich auf die irische Kirche als eine gerechte Beschwerde Irlands hinwies) und Forsman, wandten sich hauptsächlich persönlich gegen Bright und beschuldigten ihn der Zanksucht. Es stand nun ein Irländer auf, Dillon, welcher sich gegen das Feniethum, welches er selbst bei seiner Wahl habe bekämpfen müssen, aussprach, während er der Bewegung übrigens den ihr verliehenen furchtbaren Charakter nicht zuerkannte. Mißregierung, Gesetzgebung im Interesse einzelner Klassen und gegen die allgemeine Wohlfahrt des Landes seien die Ursachen der Entfremdung. Deshalb wolle er der Regierung in ihren Bemühungen, die feindselige Stimmung niederzuschlagen, nicht zur Seite stehen. John Stuart Mill erklärte sich wie Bright schmerzhaft erregt und gebemüthigt. Doch, wenn Irland in früheren Jahren auch das Opfer einer schlechten Regierung gewesen sei, so habe sich in den letzten Jahren auf beiden Seiten des Hauses ein aufrichtiges Streben gezeigt, die Insel in gerechterem Geiste zu behandeln. Die Frage aber erhebe sich, ob mit guten Absichten genug gethan sei, und was für Maßregeln zu fassen seien, um den Beschwerden abzuhelfen.

Nach einigen Bemerkungen der H. Moore, Conolly und Sir John Gray (welcher die katholische Geistlichkeit gegen die Anschuldi gung, in die Verführerung verwickelt zu sein, in Schutz nahm) erhob sich O'Donoghue zu der Erklärung, daß, wenn die Regierung nur eine ernstliche Unternehmung in Betreff der Ursachen der Mißstimmung in Irland anstellen wollte, die Feniervbewegung in Nichts zusammenschrumpfen würde. Gewaltthätiger Zwang sei nicht, was Irland bedürfe, denn solcher würde nur Schrecken und Angst hervorrufen und die Stimmung noch verschlimmern; die gewöhnlichen verfassungsmäßigen Befugnisse würden in den Händen energischer und kluger Männer mehr als hinreichen, um auf jede Bewegung gerüstet zu sein. Der Schatzkanzler Dr. Gladstone ist der Ansicht, daß kein gefährlicherer Irrthum in dieser Angelegenheit ausgeföhrt werden könnte, als die Annahme, die Verhandlungen des Hauses liefen auf das Ziel hinaus, durch ein wesentlich englisches Parlament Irland zu verwalten. Daß die Fenierverschwörung zu verurtheilen sei und unterdrückt werden müsse, könne bei den vorliegenden Beweisen Niemand mehr läugnen, und daher verdiene die vorgeschlagene Maßregel allseitige Zustimmung. Das irische Volk lasse sich leicht betören und irreleiten, und es müsse vor sich selbst geschützt werden.

Das Haus schritt hierauf zur Abstimmung, deren Resultat die Annahme des Regierungsantrages mit 364 gegen 6 Stimmen war.

### Vermischte Nachrichten.

— Professor Dr. v. Giesebrecht in München, Professor Dr. Dunsen in Heidelberg, und Professor Dr. Fr. Vopp in Berlin haben den bairischen Maximilian-Orden für Wissenschaft und Kunst erhalten.

— Darmstadt, 17. Febr. Der Verleger der „Hess. Landes-Blg.“, Hr. Leske, zeigt an, daß er in Folge der öffentlichen Erklärung des Hrn. Weg den Vertrag wegen „geistlicher Leitung“ der „L. Z.“ gekündigt habe und Hr. Weg in keinerlei Verbindung mehr mit diesem Blatt stehe. Gleichzeitig kündigt der Redakteur der „L. Z.“ eine Antwort auf die Weg'sche Erklärung an.

— Hamburg, 19. Febr. Nach Privatbesuchen aus London betrug in der letzten Woche der Londoner Export edler Metalle nur 60,512 Pf. St., der Import dagegen 1,041,072 Pf. St., davon 643,000 Pf. St. (meist Silber) vom Kontinent, das Uebrige aus Australien und Etwas aus Amerika.

— Berlin, 18. Febr. (Fr. J.) Seit 1848 fand vorgeföhren Abend wieder die erste Volksversammlung hier in Berlin statt. Ueber 3000 Menschen aus allen Ständen mochten in dem dicht gefüllten Saal der Alhambra versammelt sein. Hr. Bantow, Vorsitzender des hiesigen Arbeitervereins, eröffnete die Versammlung und brachte ein mit donnerndem Beifall aufgenommenes sechsaches Hoch auf die verfassungstreue Majorität des Abgeordnetenhauses aus. Hr. W. Angerstein motivirte darauf, stets von Beifallsbezeugungen unterbrochen, den Antrag auf eine Zustimmungsadresse an das Abgeordnetenhaus zu dem Beschluß in Betreff des Obertribunals. Als nun ein jüngerer Redner erzählte, der Minister Graf Culenburg habe gesagt, die beanspruchte Redefreiheit mache das Abgeordnetenhaus zu einem Ayl des Verbrechens, sprang der Polizeihauptmann auf und rief: „Das ist eine Verhöhnung der Obrigkeit!“ Darauf allgemeiner Tumult, Hohnrufen und Pfeifen, Zischen, Springen auf Tische und Stühle und der in Berlin charakteristische Ruf „Haut ihm!“ Mit großer Mühe gelang es dem Vorsitzenden, sich soweit wieder Gehör zu verschaffen, um mitzutheilen, der Polizeihauptmann habe die Versammlung für aufgelöst erklärt. Darauf wieder großer Spektakel und Drobrufe, bis sich unter den steten Beschäftigungen des Vorsitzenden allmählig der Saal leerte. Inzwischen übergeholtte Schumann-Patrouillen räumten darauf völlig den Saal und den Vorplatz. — Heute hat in der Alhambra eine zweite große Volksversammlung ohne erhebliche Diskussion eine Adresse an den Präsidenten Grabow angenommen, die durch eine Deputation von 25 Personen zu überreichen ist. Ein dreimaliges Hoch auf das Abgeordnetenhaus beschloß die Versammlung.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

19. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	9.77	+ 1.5	N.D.	ganz bew.	trüb, Schneefall
Mittags 2 „	10.30	+ 4.0	stark	„	Sonnenshl., frisch
Nachts 9 „	10.30	0.0	schw.	„	sternhell, Frost

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 22. Febr. 1. Quartal. 25. Abonnementsvorstellung. Die Journalisten; Lustspiel in 4 Akten, von Gustav Freitag.

# Dr. Linck's Rechtes Malz = Extrakt

## von C. J. Heinsus & Cie. in Stuttgart,

neuerdings in der Gartenlaube, Jahrgang 1866, Nr. 1, ganz besonders empfohlen von Herrn Professor Bock, dem berühmten Verfasser des "Buch's vom gesunden und kranken Menschen", mit äußerster Sorgfalt in gleich vorzüglicher Qualität dargestellt, halten fortwährend auf Lager das General-Depot für Baden:

### Ch. Klein in Pforzheim,

sowie in  
Baden-Baden Hr. Aug. Gauß,  
Bruchsal Hr. Fr. Soloch,  
Bühl Hr. Karl Bender,  
Carlsruhe Hr. Fried. Nömboldt,  
Constanz Hr. H. Grasmann,  
Durlach Hr. J. Loeffel,  
Eppingen Hr. Apotheker Roth,  
Faslach Hr. Apotheker Ernst,  
Lahr i. Br. Hr. Gust. Hoeltlin,

Mannheim Hr. Konr. Geber,  
Neckargemünd Hr. Wilh. Schoepflin,  
Offenburg Hr. Franz Mayer,  
Rappenaau Hr. Apotheker S. L. Niederbeiser,  
Ueberlingen Hr. Ant. Hub,  
Villingen Hr. Fr. Butta,  
Wallburrn Hr. Hugo Rehm.

NB. Bestellungen zum Wiederverkauf nimmt Ch. Klein in Pforzheim entgegen.

### Die Obsthauptschule für 1866

wird nach Osten eröffnet werden. Wer an derselben Theil nehmen will, wende sich bei der  
Gr. landwirthschaftlichen Gartenbauschule  
Karlsruhe.



### Herz Fränkel,

Pferdehändler aus München, kommt den 23. d. M. mit einem großen Transport englischer Reit- und Wagenpferde hier an, und logirt im Nassauer Hof.

### Stelle gesuch.

Ein Geometer, der schon längere Zeit bei der groß. badischen Katastervermessung Dienst geleistet, sucht bis 1. April d. J. eine Stelle bei einem Bezirks- oder Katastralgemeinderat.  
Äußere Auskunft oder Adresse ertheilt die Expedition der Karlsruhe'ger Zeitung.

### Stelle gesuch.

Ein Kameralassistent wünscht bei einem Steuerpräparator als Gehülfe einzutreten.  
Äußerer bei der Expedition dieses Blattes.

### Ober-, Zimmer- und Saalkellner

mit guten Zeugnissen und von erprobter Moralität werden stets unentgeltlich nachgewiesen und placirt durch den Kellnerverein in Frankfurt a. M., Prebigerstraße Nr. 9.

### Asphalt-Dach- u. Asphalt-Dach-Pappe.

Einbedungen und Reparaturen von Dächern werden zu festen Preisen übernommen.  
Asphaltlache, Oel, Oel, Schwarzpoch, Naphthalin und Benzol.  
Offenbach a. M.

### Spannverkauf.

Ein an der schönsten Lage des Unterfes's lebendes dreißigköpfiges, massiv von Stein erbautes Wohnhaus, welches 13 Zimmer, 2 gewölbte Keller und Stallung enthält, und wozu noch 1/2 Viertel Garten gehört, ist um einen billigen Preis zu kaufen.  
Kausfliebhaber wollen sich gef. wenden an,  
Reichenau, Amis Konstantz.

### Weinverkauf.

Ca. 22 Ohm reingehaltene 1862er Ober-Dambacher Riesling, vorzüglichster Qualität, werden um annehmbarsten Preis, jedoch nicht getheilt abgegeben. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.  
Reichenau, Amis Konstantz.

### Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 28. d. M., Vormittags 9 Uhr, werden im kaiserlichen Reithause in Donaueschingen ein englischer Wagen, ein Coupé, eine Kalesche, ein Paar Pferdegeschirre mit Neufiberbeschlüß, Säme, Sattelgurt und anderes Lederwerk nebst verschiedenen Koffern öffentlich versteigert; wozu Liebhaber eingeladen werden.  
Donaueschingen, den 17. Februar 1866.  
K. K. Kabinetskanzlei.

### Bekanntmachung.

Der Betrieb der von Altkubheim nach Rheinhausen verlegten fliegenden Brücke wird  
Montag den 26. d. M., Morgens um 10 Uhr, auf dem Rathhause in Rheinhausen mittels öffentlicher Eintragung in Bestand gegeben werden.  
Bruchsal, den 15. Februar 1866.  
Großh. Domänenverwaltung.

### Emmendingen.

(Holzversteigerung.) Aus den Domänenwäldungen des diesseitigen Forstbezirks werden die nachstehenden Holzsortimente mit einem Zahlungstermin bis 1. October d. J. öffentlich versteigert, und zwar  
Montag den 26. Februar 1866,  
Distrikt St. u. Weidenwald:  
4 Stämme tannees Buchholz, 15 Rftr. buchenes, 6 Rftr. tannees Eichenholz, 40 Rftr. buchenes, 5 Rftr. gemischtes Buchholz, 3000 Stück buchene und 400 Stück gemischte Wellen.  
Mittwoch den 28. Februar 1866,  
Distrikt Peterswald bei Sexau:  
14 Rftr. buchenes, 7 Rftr. gemischtes Buchholz, 3000 Stück buchene und 400 Stück gemischte Durchschlagswellen.  
Zusammenkunft jeweils früh 9 Uhr in den betreffenden Holzschlägen.  
Emmendingen, den 15. Februar 1866.  
Großh. bad. Bezirksforstlei.

### Waggenau.

(Holzversteigerung.) Aus Domänenwäldungen des Forstbezirks Rothensfeld werden mit unverzinslicher Zahlungstermin bis 1. März d. J., jedoch gegen Liebreabe vorgeschriebener Bürgschaftsurkunde, der öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.  
Montag den 26. d. M., mit Zusammenkunft Morgens 9 Uhr zu Rothensfeld im Salmen, aus der Abtheilung I. 3. Steinbruchschlag bei der Sophienhütte:  
1 buchener Klotz, 4 birtenne Heßstangen, 159 Klasten buchene Scheiter und Brügel, 21 1/2 Klasten birtenne Scheiter und Brügel, 6750 Stück buchene, 663 birtenne Wellen, und 2 Loos Schlagraum.  
Dienstag den 27. d. M., mit Zusammenkunft Morgens 9 Uhr zu Waggenau im Badi'schen Hofe, aus der Abtheilung I. 12. Weierwiesenschlag:  
9 Stück Eichen, 11 buchene Klotze, 8 Wagenbucher, 180 1/2 Klasten buchene Scheiter und Brügel, 6 1/2 Klasten eichene Scheiter und Brügel, 3400 buchene Wellen und 3 Loos Schlagraum.  
Mittwoch den 28. Februar, ebenfalls im Badi'schen Hofe zu Waggenau um 9 Uhr, aus der Abtheilung I. 13. Almeneschlag:  
1 Buche, 2 Erlennämme, 21 buchene Wagenstangen, 61 1/2 Klasten buchene Scheiter und Brügel, 7 1/2 Klasten eichene und erlene Brügel, 1964 Stück buchene Wellen, 2 Loos Schlagraum, und 19 Loos im Boden liegendes Stodholz.  
Aus der Abtheilung II. 11. Hageberg:  
21 eigene Klotze, 14 1/2 Klasten eichene Scheiter und Brügel, 688 Stück eichene Wellen und 1 Loos Schlagraum.  
Aus der Abtheilung II. 9. bei der Hirschhütte:  
1 Klotz, 1 1/2 Klasten eichene Brügel und 38 Stück Wellen.  
Donnerstag den 1. März wieder mit Zusammenkunft um 9 Uhr im Badi'schen Hofe zu Waggenau,  
aus der Abtheilung III. 3. Bruchberg:  
164 1/2 Klasten buchene Scheiter und Brügel, 4 1/2 Klasten tannees Buchholz, 5 Stück kleine Erlennämme, 19 Erlennämme, 5589 buchene Wellen und einige Loos Schlagraum und Lammencris.  
Gaggenau, den 17. Februar 1866.  
Großh. bad. Bezirksforstlei.

### Schwarzach.

(Rinderversteigerung.) Aus diesseitigen Domänenwäldungen werden  
Dienstag den 13. März d. J., Vormittags 10 Uhr, im Rathhause zu Schwarzach die Ergebnisse der eigenen Schätzungen auf nachgenannten Mittelwaldschlägen an die Meistbietenden versteigert, und badischen Steigern eine unverzinsliche Bürgschaft bis Maximilian d. J. gefordert:  
1) im Hanswiesenschlag, unweit Schwanheim, auf 26 Morgen;  
2) im Schießberg, oberhalb Hirschhorn, auf 40 Morgen;  
3) im Krautelsberg, unterhalb Hirschhorn, auf 25 Morgen;  
wozu die Liebhaber eingeladen werden.  
Schwarzach, den 18. Februar 1866.  
Großh. bad. Bezirksforstlei.

### Waller.

Z. d. 885. A. S. Nr. 2480. Bruchsal. (Aufsorderung.) Die ledige Elisabetha Diemer in Bruchsal, sowie die Erben des verstorbenen Baptistus Dr. Diemer in Redarbischofheim haben darüber vorgebracht:  
Im Jahr 1833 sei Magdalena Diemer da-

hier im ledigen Stande gestorben, und zu deren Erbschaft seien ihre vier Geschwister berufen gewesen.  
Unter diesen habe sich ein Bruder, Dr. Franz Diemer, befunden, welcher schon im Jahr 1808 sich nach Ausland begeben, dort verheiratet, und von der kaiserlichen Regierung den Dienst eines Inspektors der Medizinalverwaltung angenommen, weshalb er aufgebürt habe, Inländer zu sein.  
Dessen Wittue habe für sich und ihre fünf Töchter im Jahr 1848 Ansprüche auf die im Jahr 1811 fl. 58 fr. bestehende Erbportion ihres Ehegatten Franz Diemer aus der Verlassenschaft der Magdalena Diemer gemacht, ohne jedoch den Nachweis zu liefern, daß Angehörige des Großherzogthums Baden in dem kaiserlichen Ausland gleichfalls zu dort eröffneten Erbschaften zugelassen werden.  
Die Erben des ruffischen Staatsraths Dr. Franz Diemer seien dessen Töchter: Julie, Emilie, Natalie, Anna und Sophie Diemer, deren erste vier an russische Offiziere in unbekanntem Gar-nisonorten verheiratet seien, und der Aufenthalt sämtlicher sei diesseits unbekannt.  
Dem Antrage der Wittue Diemer, sowie der Erben des verstorbenen Baptistus Dr. Ludwig Diemer gemäß werden nun die Erben des in Ausland verstorbenen Dr. Franz Diemer, sowie wer sonst noch Ansprüche an die Verlassenschaft der im Jahr 1833 verstorbenen Magdalena Diemer machen will, hiermit aufgefordert, solche innerhalb einer Frist von drei Monaten dahier geltend zu machen und ihre Klage den Anfor-derben einbringend zu lassen, widrigenfalls ihre Klage für erloschen erklärt werden wird.  
Bruchsal, den 12. Februar 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.

St. aiger.  
Raab.  
Z. d. 881. Nr. 1993. Weisach. (Aufsorderung und Forderung.) Daniel Faust, lediger Dienstknecht von Weisach, dessen Personalbescheinigung unten folgt, ist angeklagt:  
1) Eines durch Einsteigen gefählichen Diebstahls, durch Entwendung einer Schatulle mit 400 Francen, einer Handkristl über 100 fl., und zweier Kaufbriefe zum Nachtheil des Kaver Langenbacher von Weisach;  
2) eines durch nachlässiges Eindringen und Einbrechen erschwerten Diebstahls, durch Entwendung von etwa 26 Pfd. Hanf, im Werth von 15 fl., etwa 30 Ellen Leinwand, im Werth von 10 fl., zum Nachtheil des Ferdinand Schreiber von Weisach;  
3) der Entwendung einer Gans, im Werth von 1 fl. 30 fr., zum Nachtheil des Ferdinand Bumann von Weisach.  
Derselbe ist aus dem Untersuchungsverfaht entlassen und wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen bei uns zu stellen, widrigenfalls das Erkenntnis nach dem Ergebnisse der Untersuchung würde gefällt werden. Er wolle beim Verreten verfahren und an uns abgelaufen werden. Daniel Faust ist 21 Jahre alt, von mittlerer Größe, schlanker Statur, hat eine gewölbte Stirne, graue Augen, unstein, niedergebungenen Nackens, eine Nase von mittlerer Größe, einen gewöhnlichen Mund, rundes Kinn, runde Gesichtsförm, frische und blühende Gesichtsfarbe. Er trägt bei seiner Entweihung ein graues Kamisol, Hosen und Weste von gleicher Farbe und eine Schlußlapp.  
Weisach, den 15. Februar 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.

Mors.  
Z. d. 882. Nr. 1484. Werberg. (Aufsorderung und Forderung.) Jakob Karl von Werberg ist angeklagt, z. R. der Elisabetha Knäbger von Lauda folgende Gegenstände entwendet zu haben:  
14 Frauenhemden, 4 weiße Sacktücher, 1 feidenes Joulard, 1 Gebetbuch, 1 Paar blaue

wollene Strümpfe, 1 Halsstuch, 6 Ellen weißes leinwand Tuch, 1 Hägelstuch nebst 2 Stöcken und 4 fl. in Geld.  
Jakob Karl, der sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen hat, wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis erlassen würde. Zugleich bitten wir, auf Jakob Karl zu fahnden und denselben im Betreibungsfalle anher einzuliefern.  
Werberg, den 13. Februar 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.

Wächter.  
Z. d. 886. Nr. 440. Baden. (Urtheil.) Z. A. E. gegen Leopold März von Niederweier, Michael Anselm von Michelbach, Hermann Kunz von Wur-bach und Wilhelm Lusch von Deligheim, wegen Körperverletzung, sowie gegen Unterlehrer Jakob Rißger von Unterwieseln, dormalis in Ludwigsburg, wegen Anstiftung, wird auf geflossene Verhandlungen zu Recht erkannt:  
Die Angeklagten Leopold März, Michael Anselm, Hermann Kunz und Wilhelm Lusch seien der mit Vorbedacht verübten Körperverletzung des Karl Föhrerer, Franz Schwaiger und Johann Cisele von Wotzenfeld, ferner der Angeklagte Jakob Rißger sei der Anstiftung zu diesem Vergehen für schuldig zu erklären, und seien deshalb Michael Anselm zu einer durch sechs Tage Hungertrost geschärften Kreisgefängnisstrafe von zehn Wochen, Hermann Kunz, Leopold März und Wilhelm Lusch zu je einer Kreisgefängnisstrafe von acht Wochen, geschärft durch vier Tage Hungertrost, Jakob Rißger zu einer mit drei Tagen Hungertrost geschärften Amtsgefängnisstrafe von vier Wochen, sowie jeder in die Kosten seiner Urtheilsvollstreckung und unter sammtverbindlicher Haftbarkeit für das Ganze in ein Fünftel der Kosten des Strafverfahrens zu verurtheilen.

B. R.  
Dies wird dem abwesenden Angeklagten Wilhelm Lusch von Deligheim, Soldat des Jägerbataillons, hiemit eröffnet.  
Baden, den 9. Februar 1866.  
Großh. Kreis- und Landesgericht Offenburg.

Der Vorsitzende:  
Dr. Buchel.

Reiffson.  
Z. d. 893. Nr. 5730. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Die Gant über das Vermögen des Hofjägers Eberhard von hier betr.  
Auf Grund des abgeschlossenen Vergleichs wird das eingeleitete Gantverfahren aufgehoben.  
Karlsruhe, den 17. Februar 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
v. Vincenz.

Mosbach. (Ausschließ-erkenntnis.) Die Gant des Bierbrauers Georg Eisele von Mosbach betr. diejenigen Gläubiger, welche die heute ihre Forderungen nicht angemeldet haben, werden von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Mosbach, den 9. Februar 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht. Raub.

Waldshut. (Aktuarelle.) Bei uns wird eine Aktuarelle mit einem Gehalt von 460 fl. bis 1. April oder 1. Mai erleblich.  
Die Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen melden.  
Waldshut, den 14. Februar 1866.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Nieder.

Stäckingen. (Gehilfenstelle.) Die zweite Gehilfenstelle bei unterzeichneter Berechnung mit einem fixen Gehalt von 400 fl. wird auf den 15. Mai d. J. erleblich.  
Die Bewerber um diese Stelle wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen diesesfalls einreichen.  
Stäckingen, den 15. Februar 1866.  
Großh. Domänenverwaltung.

Frankfurt, 19. Febr. 1866.		Staatspapiere.		Wechselskurse.	
Deffert.	Per cent.	Per cent.	Per cent.	Per cent.	Per cent.
50/100 Met. i. S. d. R.	73 1/2	Dlbn. 40/100 Obligation.	100 1/2	Def. 250 fl. b. R. 1859	138 1/2
50/100 do. 1852 i. P.	73 1/2	Nassau 4 1/2/100 Obl. v. R. 1858	101 1/2	250 fl. b. R. 1854	—
50/100 do. 1859	69 1/2	40/100 do.	98 1/2	100 fl. b. R. 1858	—
50/100 do. 1864	—	3 1/2/100 do.	—	500 fl. b. R. 1860/1	78 1/2
50/100 Lomb. i. S. d. R.	89 1/2	Kr. 40/100 Obl. v. R. 1866	99 1/2	1000 fl. b. R. 1864	87 1/2
50/100 Venet. i. S. d. R.	83 1/2	3 1/2/100 Obl. v. R. 1865	—	500 fl. b. R. 1860/2	78 1/2
50/100 Met. i. S. d. R.	69 1/2	40/100 D. R. 28 f. b. R.	—	500 fl. b. R. 1860/3	78 1/2
50/100 Nat. Anl. 1854	61 1/2	40/100 do. i. L. 1857	—	500 fl. b. R. 1860/4	78 1/2
50/100 Met. Obligation.	58 1/2	3 1/2/100 Obligation.	93 1/2	500 fl. b. R. 1860/5	78 1/2
50/100 do. 1852 i. S. d. R.	58 1/2	3 1/2/100 do.	—	500 fl. b. R. 1860/6	78 1/2
4 1/2/100 Met. Obligation.	52 1/2	Russl. 50/100 Obl. in L. d. R. 12	88 1/2	500 fl. b. R. 1860/7	78 1/2
4 1/2/100 Obl. v. R.	—	Finanz. 4 1/2/100 Obl. v. R. 1857	87 1/2	500 fl. b. R. 1860/8	78 1/2
4 1/2/100 do.	—	4 1/2/100 Obl. v. R. 1858	87 1/2	500 fl. b. R. 1860/9	78 1/2
3 1/2/100 do.	—	3 1/2/100 Obl. v. R. 1859	87 1/2	500 fl. b. R. 1860/10	78 1/2
3 1/2/100 Staatsf.	—	2 1/2/100 Obl. v. R. 1860	87 1/2	500 fl. b. R. 1860/11	78 1/2
4 1/2/100 1-jährig	101 1/2	Belgien 4 1/2/100 Obl. v. R. 1857	100 1/2	500 fl. b. R. 1860/12	78 1/2
4 1/2/100 1-jährig	101 1/2	Schw. 4 1/2/100 Obl. v. R. 1857	—	500 fl. b. R. 1860/13	78 1/2
4 1/2/100 1-jährig	96 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1858	—	500 fl. b. R. 1860/14	78 1/2
4 1/2/100 1-jährig	96 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1859	—	500 fl. b. R. 1860/15	78 1/2
4 1/2/100 Abteil.-Rente	96 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1860	—	500 fl. b. R. 1860/16	78 1/2
4 1/2/100 Obl. v. R.	103 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1861	—	500 fl. b. R. 1860/17	78 1/2
4 1/2/100 do.	100 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1862	—	500 fl. b. R. 1860/18	78 1/2
3 1/2/100 do.	91 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1863	—	500 fl. b. R. 1860/19	78 1/2
3 1/2/100 Obligation.	98 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1864	—	500 fl. b. R. 1860/20	78 1/2
3 1/2/100 do. v. 1842	91 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1865	—	500 fl. b. R. 1860/21	78 1/2
4 1/2/100 Obligation.	99 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1866	—	500 fl. b. R. 1860/22	78 1/2
3 1/2/100 do.	93 1/2	4 1/2/100 Obl. v. R. 1867	—	500 fl. b. R. 1860/23	78 1/2

### Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

30/100 Frankfurter Bank	154 G.	40/100 Pfandbr. d. Hess. Hypoth.	—
30/100 Deffert. Bank-Aktien	848 bez.	30/100 Deffert. St. d. Hess. Hypoth.	50 G.
30/100 Cred. u. i. D. R.	165 1/2 bez.	30/100 Deffert. St. d. Hess. Hypoth.	44 1/2 bez.
30/100 Bayer. Bank i. R. 500	233 —	30/100 St. d. Hess. Hypoth.	44 1/2 bez.
40/100 Darmst. B. R. i. R. 250	233 —	50/100 Lok. Centr.-Eisenh. Prior.	67 1/2 bez.
40/100 Weimar. Bank-Aktien	106 bez.	50/100 do. neue Emitt.	76 bez.
40/100 Mittelb. Gr. R. i. R. 100	101 bez.	50/100 Bsb. R. B. i. S. d. R.	69 1/2 bez.
40/100 Eurenb. Bank-Aktien	—	50/100 Bad. Carlsh. v. R. D.	83 1/2 bez.
Launsh. Eisenh. Aktien i. R. 250	—	50/100 Schwab. C. P. b. R. d. 1857	102 bez.
3 1/2/100 Frankf.-Han. Eisenh. R.	113 —	4 1/2/100 Deff. Ludwigsh. Prior.	—
50/100 Deffert. Staats-Eisenh. R.	—	50/100 Deffert. I. R. D. i. S. d. R.	—
50/100 Ellab. R. i. R. 200	71 1/2 bez.	50/100 do. II. R. D. i. S. d. R.	—
50/100 Böhm. Westb.-R. i. R. 200	34 1/2 bez.	4 1/2/100 Ludw. v. R. D. i. S. d. R.	101 1/2 bez.
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	158 G.	40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R. v. D.	99 1/2 bez.
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Eisenh. R. v. D. i. S. d. R.	253 1/2 bez.
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	119 G. Bayer. Dsb. 500/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	30/100 Deffert. Rhod. 200/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Deffert. Rhod. 200/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Deffert. Rhod. 200/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Deffert. Rhod. 200/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Deffert. Rhod. 200/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Deffert. Rhod. 200/100	—
40/100 Rhein-Nassau-Eisenh. R.	—	40/100 Deffert. Rhod. 200/100	—

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.  
(Mit einer Beilage.)